

Ergebnis:

TOP 1: Begrüßung und Vorstellung des Stadtteilbeirates

Der Vorsitzende, Herr Dr. Tobias Fey, eröffnet die 3. öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Süd im Jahr 2025.

Die Ladung erfolgte form- und fristgerecht. Die Tagesordnung wird verlesen, Änderungen werden nicht gewünscht.

Im Anschluss stellt Dr. Fey die Aufgaben und Arbeitsweise des Stadtteilbeirates vor.

Er betont, dass aktuell viele Veränderungen im Stadtteil stattfinden und der Beirat entsprechend viel zu tun hat. Zugleich stellt er klar, dass der Beirat selbst keine Entscheidungen treffen kann.

Stattdessen werden Anregungen aus der Bürgerschaft aufgenommen und anschließend als OBM-Antrag in den Stadtrat oder die zuständigen Ausschüsse eingebracht.

Der Beirat ist unter der folgenden E-Mail-Adresse erreichbar: info@stadtteilbeirat-sued.de

TOP 2: Aktuelles aus der Verwaltung

Defibrillatoren im Stadtteil Süd

Für den Stadtteil Süd ist die Anschaffung weiterer Defibrillatoren geplant. Zur Finanzierung soll ein Crowdfunding-Projekt in Abstimmung mit dem Sportamt gestartet werden.

Parkplätze am BBGZ

Die Parksituation rund um das BBGZ bleibt angespannt. Wünschenswert wäre, dass Parkplätze der Universität bei Veranstaltungen im BBGZ mitgenutzt werden können.

Herr Dr. Fey hat dieses Anliegen erneut bei der Verwaltung vorgebracht. Dort wird die Frage, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen die Universitätsparkplätze für das BBGZ freigegeben werden können, bereits seit längerem geprüft.

Toilette am Ohmplatz

Bezüglich der geplanten Toilette am Ohmplatz liegt dem Beirat noch keine Rückmeldung seitens der Verwaltung vor.

TOP 3: Informationen zur Haushaltssituation

Herr Beugel, Referent für Wirtschaft und Finanzen, stellt die finanzielle Situation der Stadt vor. Er betont, dass die Stadt eine lebenswerte Gestaltung anstrebt, hierfür jedoch aktuell kein genehmigter Haushalt vorliegt. Die Regierung von Mittelfranken hat die Leistungsfähigkeit für das Jahr 2025 nicht festgestellt. Dadurch können keine neuen Maßnahmen begonnen werden; umgesetzt werden dürfen lediglich rechtlich verpflichtende Vorhaben sowie bereits begonnene,

notwendige und unaufschiebbare Projekte. Eine Perspektive für einen genehmigten Haushalt besteht derzeit nicht. Das Gewerbesteuerniveau befindet sich faktisch auf dem Stand von 2015, obwohl es zwischenzeitlich deutlich höher lag. Im vergangenen Jahr mussten rund 170 Millionen Euro an Gewerbesteuer zurückgezahlt werden. Von 11.000 gemeldeten Gewerbesteuerzahlenden sind 7.260 steuerpflichtig, wobei nur rund ein Viertel tatsächlich Gewerbesteuer entrichtet. Die entsprechenden Darstellungen finden sich in der Präsentation.

Die Kosten im Bereich Jugendhilfe und Soziales steigen deutlich an und führen zu erheblichen Mehrausgaben. Die im April beschlossenen Einsparungen wurden durch diese Steigerungen bereits wieder kompensiert. Das Haushaltsvolumen beträgt 600 Millionen Euro, die Steuereinnahmen liegen bei etwa 300 Millionen Euro. Ab 2027 ist eine Zweitwohnungssteuer vorgesehen, diese ist jedoch noch nicht beschlossen. Die Investitionen belaufen sich auf 77 Millionen Euro und umfassen ausschließlich fortzusetzende Maßnahmen wie die Berufsschule, das Kubik, das Bürgerhaus West und das Feuerwehrhaus Bruck; letzteres ist das einzige neue Projekt, das aufgrund seiner sicherheitsrelevanten Bedeutung realisiert wird. Der Finanzplan ist verpflichtend, allerdings müssen derzeit sämtliche Investitionen vollständig über Kredite finanziert werden. Die Kassenkredite sind sehr hoch und können aktuell nicht reduziert werden. Bis 2029 werden die Investitionstätigkeiten deutlich zurückgehen.

Der Freistaat stellt Bedarfszuweisungen in Höhe von 35 Millionen Euro zur Verfügung, davon 2 Millionen im laufenden Jahr und 15 Millionen im kommenden Jahr, jeweils unter Auflagen. Diese Mittel sind insbesondere für den Abbau der Kassenkredite vorgesehen. Herr Beugel betont, dass Unterstützung von Bund und Land notwendig ist und dass strenge Haushaltsdisziplin unerlässlich bleibt. Freiwillige Leistungen der Stadt müssen weiter reduziert werden.

Aus dem Beirat werden mehrere Fragen gestellt. Auf die Frage von Frau Paulsen nach der weiteren Perspektive und der Möglichkeit schwarze Zahlen zu schreiben, antwortet Herr Beugel, dass Land und Bund die Stadt unterstützen müssten und gleichzeitig die Ausgaben deutlich sinken müssten. Beispielsweise müssten angemietete Objekte reduziert werden. Mit eigenen Mitteln bestehe in den nächsten fünf Jahren keine Aussicht auf eine deutliche Verbesserung.

Herr Prof. Pflaum erkundigt sich nach den Gründen für die umfangreichen Rückzahlungen bei der Gewerbesteuer und nach den stark steigenden Sozialausgaben. Herr Beugel erläutert, dass die Bezirksumlage erheblich steigt, insbesondere für die Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Diese Leistungen werden vom Bezirk erbracht, die Stadt trägt jedoch über die Umlage die Kosten. Im Bereich Jugendhilfe steigen die Ausgaben insbesondere durch den Ausbau der Kindertagesstätten sowie durch die wirtschaftliche Erziehungshilfe. Die

Fallzahlen in der Inobhutnahme und bei Schulbegleitungen nehmen stark zu, wobei es sich jeweils um rechtlich verpflichtende Leistungen handelt. Zudem hätten Unternehmen im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass ihre Gewerbesteuer-Vorauszahlungen zu hoch angesetzt worden seien, sodass große Rückzahlungen erforderlich wurden. Diese Rückzahlungen basierten auf realen, bereits vorhandenen Steueransprüchen und nicht auf Schätzungen oder Prognosen und überstiegen die Erwartungen der Verwaltung deutlich.

Auf die Frage von Herrn Fritsch, wie viel Geld vom Bund nach Erlangen fließen könnte, verweist Herr Beugel darauf, dass er keine Schätzung abgeben möchte. Die Gewerbesteuerentwicklung in Erlangen sei zudem weitgehend von der allgemeinen konjunkturellen Lage entkoppelt.

Christoph Bartschat erkundigt sich nach den Auswirkungen auf den Kulturbereich. Herr Beugel erklärt, dass es im kommenden Jahr **eventuell** kein Poetenfest geben werde und dass Kultur und Sport die finanzielle Lage deutlich zu spüren bekommen. Frau Schenkel ergänzt, dass das Poetenfest intensiv diskutiert worden sei und man bemüht sei, strukturelle Schäden im Kulturbereich zu vermeiden, jedoch harte Abwägungen notwendig seien. Sie weist darauf hin, dass vielen Bürgerinnen und Bürgern der Ernst der Lage vermutlich noch nicht bewusst sei.

Herr Wening betont abschließend, dass in den kommenden Jahren ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement notwendig sein werde. Er nennt als Beispiel die Suche nach Sponsorinnen und Sponsoren für den Spielplatz am Rathausplatz. Auch Sportvereine müssten prüfen, ob sie mehr Eigenleistungen einbringen könnten. In den vergangenen Jahren sei man in vielen Bereichen verwöhnt gewesen, künftig müsse deutlich mehr durch ehrenamtliches Engagement ausgeglichen werden.

TOP 4: Vorstellung der Kommunalen Wärmeplanung

Frau Graf, Abteilung Netzgrundsatzplanung/Netzdokumentation der Erlanger Stadtwerke, stellt in einem interaktiven Vortrag die kommunale Wärmeplanung vor. Im Mittelpunkt steht der „Wärmeplan Erlangen 2040“ als Orientierungs- und strategisches Planungsinstrument, insbesondere die Bestandsanalyse für den Stadtteil Süd.

Ziel der Wärmeplanung ist es,

- die Wärmeerzeugung effizienter und klimaschonender zu gestalten sowie
- den Energieverbrauch nachhaltig zu senken.

Für Bürgerinnen und Bürger stehen kostenlose, unverbindliche und unabhängige Beratungsangebote zur Verfügung – unter anderem zu Themen wie Wärmeversorgung, Sanierungsmöglichkeiten und staatlichen Förderungen.

Kontaktmöglichkeiten:

- waermewende@estw.de
- energiefragen@stadt.erlangen.de

- Energiewende ER(H)langen e. V.

Herr Offergeld vom Amt für Umweltschutz und Energiefragen ergänzt, dass die Energieberatung Bürgerinnen und Bürgern zu verschiedenen Themen rund um Wärme im Gebäude offensteht – etwa zu Neubau, Sanierung und Photovoltaik. Beratungen können telefonisch, im Amt oder direkt am betroffenen Objekt erfolgen.

TOP 5: Verkehrsentwicklungen im Stadtteil

Schulstraße Liegnitzer Straße:

Die Schulstraße wurde als temporäre Schulstraße eingerichtet. Das bedeutet, die Einfahrt für Kraftfahrzeuge ist täglich dreimal für morgens / mittags / und nachmittags gesperrt (Ausnahme Anwohnende). Die Ausfahrt ist jederzeit möglich.

Der Start erfolgte zu Beginn des Schuljahres. In den ersten zwei Wochen unterstützte die Polizei die Umsetzung. Das unerlaubte Einfahren kostet 50 Euro Bußgeld.

Laut Schule funktioniert die Regelung sehr gut, es gibt viele ehrenamtliche Helfer, die Autofahrer auf die Sperrzeiten hinweisen. Die Maßnahme trägt deutlich zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bei. Auch die Anwohner*innen stehen der Regelung positiv gegenüber.

Das Projekt soll noch acht Monate weitergeführt und anschließend evaluiert werden.

Fahrdienste dürfen nur noch über die Erwin-Rommel-Straße einfahren. Dadurch entfällt der bisherige gefährliche Begegnungsverkehr.

Umbenennung Erwin-Rommel-Straße:

Aktuell befindet sich die Umbenennung der Erwin-Rommel-Straße in einer grundsätzlichen Prüfung. Am 28.10.25 fand eine Informationsveranstaltung hierzu im Gymnasium Fridericianum statt.

Verlegung Fahrradweg zwischen Ohm- und Zeppelinstraße:

Die verkehrsrechtliche Anordnung sowie eine Abstimmung mit dem Tiefbauamt sind hierzu noch ausstehend. Der Radweg soll hier demarkiert und der Radverkehr auf die Fahrbahn geführt werden.

Rathenau: Verkehrsberuhigter Bereich Hans-Geiger-Straße

Hier liegt kein weiterer Planungsstand vor, eine zeitnahe Umsetzung wird nicht erfolgen.

TOP 6: Sonstiges

Ampelschaltung an der Kreuzung Paul-Gossen-Straße / Günter-Scharowsky-Straße

Problem: Die Ampelschaltung ist insbesondere früh morgens ungünstig.

Fußgänger müssen häufig in zwei Abschnitten queren und auf der Mittelinsel warten, die zu Stoßzeiten überfüllt ist. Vorschlag aus der Runde: Überlappende Schaltung, sodass man „in einem Rutsch“ über die Straße kommt. Frau Maroke fragt bei der Verwaltung an, ob die Schaltung zumindest morgens angepasst werden kann.

Elterntaxis am Gymnasium Fridericianum

Situation: Eltern parken beidseitig oder wenden auf der Fahrbahn. Ergebnis: Busse kommen schlecht durch; der Verkehrsfluss wird stark eingeschränkt. Hr. Dr. Fey war bereits mit Herrn Einweg vor Ort. Der Vorschlag aus der Verwaltung war es damals, ein Halteverbot während der Stoßzeiten einzuführen. Frau Maroke fragt an, was aus dem Vorschlag wurde. Ergänzend wurde eine definierte Kurzhaltezone für Elterntaxis vorgeschlagen, um Chaos auf der Fahrbahn zu vermeiden.

Fahrbahndeckenerneuerung 2026

Im Jahr 2026 sind Fahrbahndeckenerneuerungen für die Paul-Gossen-Straße und die Bissinger Straße geplant. Frau Maroke fragt bei der Verwaltung an, ob die Maßnahmen parallel oder zeitlich versetzt durchgeführt werden. Außerdem wird darauf hingewiesen, an eine rechtzeitige Anwohnerinformation zu achten.

Nächste Sitzung / Stadtteilrundgang

Die letzte Sitzung des Stadtteilbeirates Süd in der aktuellen Legislaturperiode soll als ein gemeinsamer Stadtteilrundgang mit interessierten Bürger*innen durchgeführt werden. Treffpunkt wird an der Poeschkeschule sein, Datum und Uhrzeit wird noch bekannt gegeben.

gez.
PD Dr. Tobias Fey
Vorsitzender Stadtteilbeirat Süd

gez.
Yvonne Maroke
Bürgermeister- und Presseamt